

Thorsten Frei auf Stippvisite

Villingen-Schwenningen (sk) Thorsten Frei, Bundestagsabgeordneter für den Schwarzwald-Baar-Kreis und das Obere Kinzigtal, ist derzeit unterwegs durch die 25 Städte und Gemeinden seines Wahlkreises. Diese Woche statete er Oberbürgermeister Jürgen Roth sowie den Fraktionsvertretern des Gemeinderates mit Klaus Martin, Berthold Ummenhofer, Edgar Schurr und Ulrike Salat einen Besuch ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roth hatte die Gelegenheit genutzt, um mit dem Bundestagsabgeordneten „Themen, die uns mit Berlin verbinden“ – wie die Aufnahme von Geflüchteten – anzusprechen, aber vor allem VS-Anliegen anzubringen. Die städtebaulich möglichen Entwicklungen auf dem ehemaligen Kasernengelände, für die Millionen an Landeszuschüssen möglich sind, zeigte das Stadtoberhaupt den Teilnehmern anschaulich auf Luftbildern auf. Das Areal in bester Lage nahe der Innenstadt biete eine große Chance für das Oberzentrum. Hier hofft die Stadt beim Erwerb des Geländes vom Bund auf finanzielles Entgegenkommen, zumal hier dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden soll.

„Auch bei der Bereitstellung von Wohnraum für Studenten stehen wir vor Herausforderungen“, machte Roth deutlich. Die Entwicklungen in VS, insbesondere die Stärkung und der Aufwuchs der Hochschule für Polizei, seien hervorragend. „Das ist eine Riesenchance für Villingen-Schwenningen, sich als Studentenstadt zu profilieren“, bestätigte Thorsten Frei. Mit den Wohnungen in der Dattenbergstraße kann ein Teil der Bedarfe gedeckt werden, weiterer Wohnraum auch für Studenten der Dualen Hochschule und Hochschule Furtwangen University, am besten in Campusnähe, ist notwendig. Gerade Themen wie Mietpreise und die Schaffung von neuem Wohnraum seien auch auf Bundesebene sehr präsent, erklärte Thorsten Frei. „Für mich ist die Lösung bauen, bauen, bauen“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, „mit intelligenten Konzepten hinsichtlich des Flächenverbrauchs.“

Außerdem kamen auch der 5G-Ausbau, die Einrichtung von WLAN in den Innenstädten sowie die Bundesförderung für den Breitbandausbau für Schulen und Bildungseinrichtungen zur Sprache. Bis zu 30 Millionen Euro könnte die Stadt hierbei erhalten. Der Projektantrag wird derzeit vorbereitet.